

Bonn tritt als erste deutsche Stadt der globalen Initiative für einen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien bei

Im Vorfeld des Jahrestages des Pariser Abkommens ruft die UN-Stadt Bonn zur internationalen Kooperation zum Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas und Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels auf

Bonn, 10. Dezember 2021 – Der Bonner Stadtrat hat dem Beitritt der Stadt zu der Initiative für einen Nichtverbreitungsvertrag für fossile Energien zugestimmt. Dies ist eine globale Initiative, die darauf abzielt, die Quelle von 80 % der CO₂-Emissionen, die den Klimawandel verursachen, zu bekämpfen: fossile Brennstoffe. Der Antrag wurde in der letzten Sitzung des Umweltausschusses mit den Stimmen der Grünen, SPD, Linken und Volt angenommen.

Oberbürgermeisterin Katja Dörner begrüßt den Beitritt der Stadt: *„Die Ziele der globalen Initiative decken sich mit dem Bekenntnis der Stadt Bonn zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels von Paris im Klimanotstandsbeschluss und mit unserem Ziel, bis 2035 klimaneutral zu sein. Klar ist: Der Weg zur Klimaneutralität führt nur über die Erneuerbaren Energien und über eine schrittweise Dekarbonisierung unserer Energieversorgung. Die Stadt Bonn hat dies mit ihrem Leitbild-Beschluss zu Klimaschutz und Klimaanpassung zum Ausdruck gebracht und sich zum Ziel gesetzt, die Energieversorgung bis 2035 sukzessive auf regenerative Energien umzustellen.“*

Seit Bonn vor 20 Jahren Gastgeber der Weltklimakonferenz war und die COP 23 unter der Präsidentschaft von Fiji 2017 in der UN-Stadt abgehalten wurde, hat sich die internationale Diskussion mit klarem wissenschaftlichen Konsens dahin verlagert, dass fossile Brennstoffe die größten Treiber der Klimakrise sind. Im Abschlusstext der letzten Klimaverhandlungen in Glasgow wurden die fossilen Brennstoffe endlich namentlich erwähnt. Dennoch ist zu erwarten, dass im Jahr 2030 die Regierungen der Welt mehr als die doppelte Menge fossiler Energien produzieren werden, als dies mit der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C vereinbar wäre.

Bonns Beitritt zur Initiative sendet ein starkes Signal an die Weltgemeinschaft, dass es wichtig ist, von der bloßen Erwähnung fossiler Brennstoffe zu ernsthaften Maßnahmen gegen die fossile Bedrohung überzugehen. Bonn schließt sich Dutzenden von Städten an, die ebenfalls einen Vertrag fordern als einen Rahmen zur internationalen Kooperation, um aus der Kohle, Gas und Öl auszusteigen und sicherzustellen, dass die 1,5 Grad-Grenze eingehalten werden kann. Im Gegensatz zu den fehlenden konkreten Verpflichtungen vieler Industriestaaten bei der COP 26 in Glasgow ergreift die Stadt Bonn tatsächliche Maßnahmen zum Klimaschutz. Vancouver hat sich vor einem Jahr als erste Stadt der Welt

der Initiative angeschlossen. Inzwischen ist die Zahl auf 25 Städte gestiegen, darunter Los Angeles, Barcelona, Sydney, Cambridge und [Dhulikhel in Nepal](#).

Der von dem ehrenamtlichen EU Klimapakt-Botschafter Sven Harmeling eingereichte [Bürgerantrag](#) wurde von sechs lokalen Organisationen und Gruppen mitgetragen: Extinction Rebellion Bonn, Fridays For Future Bonn, Germanwatch, Moratorium-A565, Parents for Future Bonn und Psychologists/Psychotherapists for Future (Psy4F) Bonn. Der Antrag fordert die Unterstützung der Stadt zur Initiative für einen fossilen Nichtverbreitungsvertrag und ihrer Bemühungen für einen organisierten Ausstieg aus fossilen Energien und einen gerechten Übergang zu einem nachhaltigen und klimafreundlichen Energiesystem auf Basis von Erneuerbarer Energien.

Sven Harmeling, Bonner Bürgerantragsteller und ehrenamtlicher europäischer

Klimapakt-Botschafter: *“Als Hauptstadt der internationalen Klimadiplomatie mit dem Sitz des UNFCCC-Sekretariats ist es für Bonns Glaubwürdigkeit wichtig, sich konsequent zum 1,5°C-Ziel des Paris-Abkommens und den notwendigen Schritten zu verhalten. Der Beitritt Bonns zu der Initiative eines Nichtverbreitungsvertrages für fossile Energien als erste deutsche Stadt ist damit eine konsequente Ergänzung der bisherigen Bonner Beschlüsse und Maßnahmen zur Klimapolitik, und muss nun in konkrete weitere Maßnahmen übersetzt werden.”*

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer Germanwatch e.V.: *“Die Dekade der Umsetzung ernsthaften Klimaschutzes hat begonnen, in Deutschland, der EU und international. Der Beitritt Bonns zu der Initiative eines Nichtverbreitungsvertrages für fossile Energien setzt dafür ein wichtiges Zeichen. Dieses gilt es nun zügig durch konkrete Schritte gemeinsam mit anderen Städten und für die eigenen Energieversorgung in die Tat umzusetzen.”*

Seble Samuel, Cities Lead für die Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative: *„Städte um den Globus bauen gemeinsam Momentum für eine fossil-freie Welt auf und üben Druck auf die nationalen Regierungen aus, fossile Brennstoffe im Boden zu belassen. Als Sitz des UN-Klimasekretariats sollte Bonns Ruf zur Beendigung des fossilen Energiezeitalters bei allen Unterzeichnern des Pariser Abkommens Nachhall finden. Es signalisiert, dass wahre Klimaführerschaft fossil-frei sein muss.“*

Das Ergebnis der COP 26 war unzureichend, aber das Thema fossile Brennstoffe liegt jetzt bei Klimaverhandlungen auf dem Tisch. Es wird künftig für lokale und nationale Regierungen unmöglich sein, Fragen nach ihrer Energieproduktion zu vermeiden, wenn sie echte Klimaführerschaft zeigen wollen.

Prof. Dr. Niko Froitzheim (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn), S4F Bonn & Extinction Rebellion Bonn: „Die globale Erwärmung hat 1,2 °C über dem vorindustriellen Niveau erreicht. Schon diese moderate Zahl bedeutet katastrophale Schäden nicht nur im globalen Süden, sondern auch in Mitteleuropa mit einer dreijährigen Dürre und einer verheerenden Flutkatastrophe. 1,5 °C wird viel schlimmer sein, und jenseits von 1,5 °C riskieren wir, Kipppunkte zu überschreiten, die das Leben auf der Erde in einen Albtraum verwandeln. Wir können nicht mehr behaupten, dass wir es nicht gewusst haben. Wir wissen, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe ein Verbrechen gegen die Menschheit und Natur ist, und sie muss als solche behandelt werden.“

Medienkontakte:

Sven Harmeling, Bonn citizen and volunteer EU Climate Pact Ambassador,
sven.harmeling@gmx.de, + 49 177 613 6431

Sandra Prüfer, Parents for Future Bonn & focal point for the Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty (Germany), sprufer@yahoo.com, + 49 1573 1413648

Viviana Varin, Senior Communications Associate, Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty (France) viviana@fossilfueltreaty.org +33 6 63 48 52 67

Über die Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative:

Die von mehr als [1000 zivilgesellschaftlichen Organisationen](#) unterstützte globale Initiative für einen [Vertrag zur Nichtverbreitung für fossile Energien](#), der an den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag angelehnt ist, hat bei der [COP 26 Klimakonferenz in Glasgow](#) an Momentum gewonnen. Zum wachsenden Unterstützerkreis zählen [101 Nobelpreisträger:innen](#), über [2600 Wissenschaftler:innen](#), [150 Parlamentarier:innen](#), [junge Klimaaktivist:innen](#) und internationale [Glaubensführer:innen](#).

Die Initiative regt zur internationale Zusammenarbeit an, um die Erschließung von neuen fossilen Energiequellen zu beenden, die bestehende Produktion innerhalb der vereinbarten 1,5 °C Klimagrenze einzustellen und Pläne zu entwickeln, die Arbeitnehmern, Gemeinschaften und Länder, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, dabei unterstützen, sichere und gesunde Lebensgrundlagen aufzubauen. Der vorgeschlagene Vertrag zieht Lehren aus den globalen Bemühungen, die Verbreitung von Atomwaffen zu stoppen, und ozonschädliche Chemikalien, Landminen und andere Bedrohungen für die Menschheit zu verbieten. Der [Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty](#) sieht Maßnahmen vor, die auf drei Säulen beruhen:

1. **Nichtverbreitung** - Verhinderung der Expansion von Kohle, Öl und Gas durch Beendigung jeder neuen Erschließung und Produktion

2. **Fairer Ausstieg** – Abbau der bestehenden Bestände und Produktion fossiler Brennstoffe im Einklang mit der globalen Klimagrenze von 1,5°C
3. **Gerechte Transformation** – Schnelle Umsetzung von wirklichen Lösungen, Ausbau 100% erneuerbarer Energiesysteme und gerechter Übergang für jeden Arbeitnehmer, jede Gemeinde und Nation.

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website](#) und diesem [Intro Video](#).